

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 91 (1997)
Heft: 2

Artikel: Arbeitslosigkeit : Global denken, lokal handeln
Autor: Winkler, Ruedi
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-144022>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Arbeitslosigkeit: Global denken, lokal handeln

Was tun angesichts der Arbeitslosigkeit? Hoffen auf einen Wachstumsschub, der, von allen ökologischen Folgen einmal abgesehen, kaum neue Arbeitsplätze schaffen würde? Wahrscheinlicher dürfte sein, dass sich eine total deregulierte Weltwirtschaft im nächsten Jahrhundert gerade noch mit einem Fünftel der Menschen im erwerbsfähigen Alter in Gang halten liesse. Diese Horrorvision einer weltweiten Einfünftelgesellschaft wird im Buch die «Globalisierungsfalle» von Hans-Peter Martin und Harald Schumann wiedergegeben (Rowohlt, Hamburg 1996). Sie stützt sich auf Aussagen politischer, ökonomischer und wissenschaftlicher «Weltenlenker», die 1995 auf Einladung von Michail Gorbatschow im Fairmont-Hotel von San Francisco zusammenkamen. Ruedi Winkler, der Autor des folgenden Beitrags nimmt ebenfalls Bezug auf die «Globalisierungsfalle» – als Buch wie als Faktum –, bleibt aber bei der Analyse nicht stehen, sondern entwickelt die innovative Idee einer Genossenschaft zwischen Konsumierenden und Produzierenden auf Gegenseitigkeit. Gekauft würde innerhalb der Genossenschaft zwar zu einem höheren Preis, dafür erhielten die Konsumierenden im Fall von Arbeitslosigkeit einen Arbeitsplatz bei den Produzierenden. Ruedi Winkler ist Direktor des Arbeitsamtes der Stadt Zürich und SP-Kantonsrat.

Red.

Was heisst Globalisierung?

Umfragen in jüngerer Zeit ergeben regelmässig, dass die Schweizerinnen und Schweizer sich am meisten Sorgen über die Arbeitslosigkeit machen. Sie haben allen Grund dazu. Es gibt keine realistischen Hinweise darauf, dass der *steigende Trend der Lohnarbeitslosigkeit* in Zukunft abnehmen wird. Innerhalb der konjunkturellen Schwankungen kann die Lohnarbeitslosigkeit wohl kürzerfristig einmal etwas zurückgehen, längerfristig jedoch nicht. Das ist nicht nur in der Schweiz so. In Spitzenkreisen des Weltunternehmertums wird denn auch nicht mehr über Vollbeschäftigung nachgedacht, sondern eher darüber, was zu tun wäre, wenn einmal nur noch 20 Prozent der zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte für die Herstellung der notwendigen Güter und Dienstleistungen benötigt würden.

Solchen Überlegungen liegen Entwicklungen zugrunde, die heute mit dem Stichwort «Globalisierung» umschrieben wer-

den. Aber nicht nur die Spitzen des Weltkapitalismus denken solche Dinge, sondern es ist heute bereits salonfähig, Ähnliches auch in der *Schweiz*, entsprechend biederer und zurückhaltender, zu äussern. So kann zum Beispiel Christoph Kohlreuter, der Leiter der Basler Arbeitsgruppe für Konjunkturforschung (BAK), in einem Aufsatz unter dem hoffnungsfrohen Titel «1997 beginnt der Aufschwung», ohne mit einer Wimper zu zucken, schreiben: «Die neue Einkommensverteilung bringt mehr Wohlhabendere, aber auch mehr Armut.» Auch dahinter steckt die Idee der Dominanz des Kapitals über die menschliche Arbeit.

Die Globalisierung wird getragen von drei Stützen: dem weltweiten freien Kapitalverkehr, den weltweit tätigen multinationalen Unternehmen und der stürmischen Entwicklung der Informationstechnologie. Der praktisch *freie Kapitalverkehr* rund um die Welt nahm seinen Anfang 1973 mit der Aufhebung der festen Wechselkurse. Die daraus sich entwickelnden Möglichkeiten werden immer intensiver genutzt, und in

der Zwischenzeit hat sich der Geldkreislauf vom realen Güter- und Dienstleistungsstrom «befreit». Mit den Worten des deutschen Bankiers Thomas Fischer hat sich durch das Derivate-Geschäft «die Finanzwelt von der Realsphäre emanzipiert». Die Finanzgeschäfte sind unterdessen von solchem Gewicht, dass auch grosse und bedeutende Firmen wie beispielsweise Siemens AG mit ihren Geldgeschäften mehr verdienen als mit dem Verkauf ihrer Produkte.

Die Folgen dieses freien globalen Geldverkehrs sind in ihrer Grundströmung rasch erklärt: Geld fliesst dorthin, wo die grösste Rendite winkt. Die Rendite des Kapitals wird verbessert durch Rationalisierung, durch tiefe Löhne, wenig Umweltschutz oder ganz einfach durch möglichst hohe Ausbeutung von Mensch und Umwelt. Durch diese Beweglichkeit des anonymisierten Kapitals wird der Druck zu höherer Rendite auf die Unternehmen, die Kapital benötigen, immer massiver. *Shareholder value* lässt grüssen.

Notenbanken werden ausgetrickst, Produktionsstandorte immer leichter verschiebbar

Dieser «Logik des Kapitals» kann sich offenbar niemand mehr entziehen. Unterdessen sind die Geldströme so gewaltig, dass auch Notenbanken wie jene von Deutschland, Grossbritannien oder Frankreich sich ihnen nicht widersetzen können. Das heisst, die *Währungspolitik* der Notenbanken, die naturgemäss in der Regel die Interessen des jeweiligen Landes vertreten, wird *unterlaufen*. Den Schaden hat der Staat zu tragen, der wiederum von den Profiteuren solcher Aktionen wegen seiner Verschuldung unter Druck gesetzt wird.

Dies führt dann zu Feststellungen, wie sie etwa der englische Premierminister gemacht hat: Die Vorgänge an den Finanzmärkten würden «mit einer Geschwindigkeit und in einer Grössenordnung ablaufen, die sie völlig ausserhalb der Kontrolle von Regierungen und internationalen Institutionen stellen». Der französische Präsident

Chirac nannte die Angelegenheit drastisch gar «Aids der Weltwirtschaft». Diesen hilflosen Äusserungen von Politikern liegt die Erkenntnis zugrunde, dass inzwischen das Geld und jene, die es lenken (sie sind nur zum kleinsten Teil die Besitzer), zu einem *Machtfaktor* geworden sind, denen die Nationalstaaten hilflos gegenüberstehen.

Mit der zunehmenden globalen Beweglichkeit *multinationaler Unternehmen* ist eine zweite Voraussetzung erfüllt, damit die Gesetze des Geldes absolut dominierend sein können. Je beweglicher die multinationalen Unternehmen bezüglich ihrer Produktionsstandorte sind, desto hilfloser sind die Nationalstaaten der Pression der Unternehmensführungen und der Geldstromlenker ausgeliefert. Und je besser sich die Informationstechnologie entwickelt, desto ungehinderter können Produktionsstandorte genau dort angesiedelt werden, wo sie aus Gewinngründen am günstigsten sind. Kein Zufall, dass das Wort «Standortwettbewerb» in den letzten Jahren so an Bedeutung gewonnen hat und dass sich die Staaten gegenseitig um die Gunst der beweglichen und flexiblen Verteiler der Produktionsstandorte bemühen.

Die Folgen für die Autoren des Buches «Die Globalisierungsfalle» sind: «Der finanzökonomische Kurzschluss zwischen den Staaten zwingt ihnen einen Wettlauf um wichtige Steuern, sinkende Staatsausgaben und Verzicht auf sozialen Ausgleich auf, der im Resultat nichts anderes bringt als eine globale Umverteilung von unten nach oben. Belohnt wird, wer den (Kapital)-Starken die besten Bedingungen schafft. Strafe droht jeder Regierung, die sich diesem Gesetz des Dschungels in den Weg stellt.»

Was heisst das für die Schweiz?

Wenn Staaten machtlos werden, dann gilt dies noch in besonderem Masse für eine *kleine offene Volkswirtschaft*, wie sie die Schweiz darstellt. Sie kann sich weltweiten Entwicklungen nicht entziehen. Sie hat höchstens den Vorteil der Anpassungsfähigkeit dank Kleinheit, Ideenreichtum –

wenn vorhanden – und Nischen. Konfrontiert ist die Schweiz jedoch so oder so mit den globalen Entwicklungen. Und die Vorteile der Vergangenheit, wir wissen es, gingen weitgehend verloren.

Politischen Einfluss auf die oben geschilderten Entwicklungen hat die Schweiz wenig. Nichtsdestoweniger hat sie eine Binnenwirtschaft, in der sie über einen *Handlungsspielraum* verfügt. Wie weit sie diesen mit den traditionellen Mitteln in Form von Impulsprogrammen usw. nutzen will, wird politisch unter Miteinbezug der Verbände entschieden. Mit solchen Programmen kann einerseits für eine bestimmte Zeit eine bestimmte Anzahl Arbeitsplätze gesichert und andererseits der verunsicherten Bevölkerung mit Taten signalisiert werden, dass man ihre Ängste versteht und bereit ist, nach Möglichkeit etwas zu tun. Zur längerfristigen Lösung tragen sie jedoch wenig bei. So wenig wie Wachstum, das bei der politischen Linken zum neuen «Hoffnungsträger» avanciert ist – in Anbetracht des zunehmend Realität werdenden arbeitsplatzlosen Wachstums allerdings eine ziemlich dünnbeinige Hoffnung.

Die meisten *Konsumentinnen und Konsumenten* verhalten sich vom Motiv her allerdings genauso wie das Geld, das zielstrebig zur grössten Rendite gelenkt wird, und die multinationalen Unternehmen, die zu den billigsten Standorten drängen – in der Schweiz und anderswo. Konsumentinnen und Konsumenten kaufen in der Regel die Produkte, die sie zum günstigsten Preis erhalten, unbesehen davon, ob sie damit letztlich ihren eigenen Arbeitsplatz wegkonsumieren oder nicht. Wer ausländisches Bier trinkt und gegen die Schliessung von Brauereien wettet, Kleider aus Billiglohnländern trägt und gegen die Schliessung von Textilfabriken protestiert, Früchte und Gemüse aus weitentfernten Ländern kauft und das Verschwinden der Bauern beklagt, verhält sich keinen Deut besser als die Kapitalstromlenker und Manager internationaler Firmen. Im lokalen Bereich haben es die Konsumentinnen und Konsumenten in der Hand, mit ihren Einkaufsentscheiden Arbeitsplätze zu erhalten und zu schaffen.

Idee eines genossenschaftlichen Arbeitsmarktes

Darin liegt eine Chance. Die Möglichkeiten, die Globalisierung wesentlich zu beeinflussen, befinden sich weitgehend ausserhalb der Reichweite der Schweiz oder gar der einzelnen Menschen. Hingegen können sich im lokalen Wirtschaftsbereich Konsumierende und Produzierende zusammenschliessen. Konsumentinnen und Konsumenten könnten *mit ihren Einkaufsentscheiden Arbeitsplätze erhalten und schaffen*. Die höheren Preise wären eine Sicherheitsprämie gegen Arbeitslosigkeit.

Für Güter wie Lebensmittel, Kleider, Möbel und weitere Gebrauchsgegenstände des täglichen Lebens, die lokal hergestellt werden können, würden sich Genossenschaften (es könnten auch andere juristische Formen sein) aus Konsumierenden und Produzierenden bilden. Die Konsumentinnen und Konsumenten müssten sich verpflichten, die zur Verfügung stehenden Güter zu einem für die betreffenden Produzentinnen und Produzenten überlebensfähigen Preis zu kaufen. Dafür würden die Genossenschafterinnen und Genossenschafter bei Arbeitslosigkeit eine *Option auf einen Arbeitsplatz* bei den produzierenden Genossenschaftsmitgliedern erhalten.

Die genossenschaftlich organisierten Konsumentinnen und Konsumenten würden bei den produzierenden Genossenschaftsmitgliedern *zwei «Produkte»* kaufen: einerseits das konkrete Lebensmittel, Kleid, Möbel usw. (selbstverständlich auch Dienstleistungen) und andererseits – als Entschädigung für den höheren Preis – die Option auf einen Arbeitsplatz in der Genossenschaft für den Fall, dass sie arbeitslos würden.

Das Modell geht von einem Menschen aus, der sich nicht beliebig fremdbestimmen lassen will, der etwas auf sich nimmt, um nicht existentiell völlig abhängig zu werden, und der bereit ist, Solidarität in einem Netz zu leben, das auch ihm Sicherheit und Zugehörigkeit bietet. Könnten die Arbeitsplätze nicht durch «eigene» Ar-

beitslose der Genossenschaft besetzt werden, dann wäre zuerst zu prüfen, ob nicht andere geeignete Arbeitslose zur Verfügung stünden. Mitmachen bei einer solchen Genossenschaft könnten selbstverständlich bestehende Betriebe, die geeignete Produkte herstellen, wie auch neu zu gründende.

Ideen dieser Art werden in Nachbarländern bereits in Form von regionalen Gruppierungen realisiert. Auch bei uns in der Schweiz gibt es Gruppierungen, die zum Teil mit eigener Währung oder mit Tausch versuchen, einen ähnlichen Effekt zu erzielen. Die skizzierte Idee möchte jedoch nicht eine abgeschlossene Nische schaffen, sondern die Genossenschafterinnen und Genossenschafter sollten so lange wie möglich im übrigen Arbeitsmarkt bleiben und erst dann in den genossenschaftlichen eintreten, wenn entweder hier Arbeitskräftemangel bestünde oder wenn sie ihre Arbeit verlören. Der Kern der Idee ist der, dass die höheren Preise, die zweifellos für die in der Genossenschaft eingekauften Produkte bezahlt werden müssten, eine Prämie gegen Arbeitslosigkeit beinhalten würden. Dahinter steht der Gedanke der *Selbsthilfe*, des Ausbruchs aus dem Gefühl der Machtlosigkeit. Die Idee bedingt den Willen, etwas zu tun und sich gegen die Zerstörung auch der lokalen Arbeitsplätze zu wehren.

Anstrengungen in der ganzen Breite sind nötig

Das *Problem der abnehmenden Lohnarbeit* ist so ernst und hat so gravierende Auswirkungen auf Lebensgestaltung, Lebensinhalt und Existenzsicherung in unserer Gesellschaft, dass auf allen Ebenen und mit allen sinnvollen sowie sozial- und ökologieverträglichen Mitteln Lösungen gefunden werden müssen, die nicht zu einer Gesellschaft führen, in der es wenige Reiche mit Arbeit und sehr viele Arme ohne Arbeit gibt. Wie andere westliche Gesellschaften wird auch die schweizerische sich daran gewöhnen müssen, mit *weniger materiellen Mitteln* zu leben.

Dies enthebt die Schweiz nicht der Anstrengungen zur Erhaltung der Wettbe-

werbsfähigkeit auf den Weltmärkten, dort wo die Schweiz Chancen hat, es enthebt sie nicht davon, günstige Voraussetzungen zu schaffen, damit im eigenen Land entwickelte Ideen auch hier zur Produktreife kommen, und es enthebt die Schweiz nicht davon, gute Bedingungen für Leute zu schaffen, die selbständig solche Produkte oder Dienstleistungen entwickeln, produzieren und verkaufen wollen. In allen Bereichen sind Anstrengungen nötig, aber sie werden nicht verhindern können, dass als logische Folge der Globalisierung, wie sie unter den heutigen Bedingungen verläuft, die Zahl der Arbeitsplätze laufend reduziert wird. Diese Tatsache wird nicht zuletzt von hochkarätigen Führern internationaler Konzerne wie etwa Barnevik, dem Chef der ABB, mit aller Klarheit ausgesprochen.

Eine zentrale Forderung auch bei einem solchen Modell ist die *Verkürzung der Lohnarbeitszeit*. Unsere Gesellschaft hat immer weniger Lohnarbeit und braucht immer mehr Zeit für die Nichtlohnarbeit. Ein Selbsthilfemodell wie das skizzierte würde auch zusätzlichen zeitlichen Aufwand für die Beschaffung der benötigten Lebensmittel bedeuten. Aber es enthielte eine Chance, die Grundlagen für eine sinnvolle und in grösserem Masse eigenbestimmte Lebensweise zu legen, und es würde die Sicherheit der Verankerung in einem ganz konkreten Netz anbieten.